

Länderspiegel

Hessen: VW verlängert 900 Leiharbeitsverträge

Volkswagen verlängert die Verträge von 900 Leiharbeitern des Werks in Baunatal um ein halbes Jahr. Dabei gehe es um alle Verträge, die bis zum Juni dieses Jahres auslaufen werden, sagte ein Konzernsprecher am Donnerstag dem Radiosender FFH. Eine längere Perspektive könne VW den Leiharbeitern aber nicht geben. Dafür sei auch die Planungsunsicherheit wegen des VW-Abgasskandals mitverantwortlich. dpa/has

Nieders: Aufschwung für Jade-Weser-Port

Der Güterumschlag am Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven hat nach einem schwachen Start im vergangenen Jahr kräftig zugelegt. Das Containervolumen habe sich 2015 auf gut 426 700 Standardcontainer (TEU) versechsfacht, teilte der Bremer Terminalbetreiber Eurogate am Montag mit. Deutschlands einziger Tiefwasserhafen wurde 2012 eröffnet. Zu Beginn blieb die wirtschaftliche Entwicklung deutlich hinter den Erwartungen zurück. dpa/has

B'burg/Sachsen: Pläne für Koks-Herstellung

Foto: dpa/Bernd Settnik

Am Industriepark Schwarze Pumpe (Foto) gibt es Pläne für die Koks-Herstellung. „An Forschungsinstituten laufen schon erste Untersuchungen zu dem Thema“, sagte der neue Geschäftsführer des Industriepark-Managements ASG Spremberg GmbH, Roland Peine, der Deutschen Presse-Agentur. Koks wird unter anderem in der Stahlindustrie benötigt. Zwei Projekte würden derzeit verfolgt: die Herstellung von Stückkoks und die Herstellung von Feinkoks aus Braunkohle. Der Industriestandort auf der Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen ist von Braunkohle geprägt. dpa/has

Niedersachsen: Wasserrad für die Forschung

Um die Nutzung der Wasserkraft zu verbessern, hat an der Aller im Kreis Winsen am Samstag der Bau einer großen Forschungsanlage begonnen. Bei Bannetze planen Wissenschaftler der TU Braunschweig mit Stahlspezialisten der Salzgitter AG ein Hochleistungswasserrad. Ende 2017 soll das Projekt für 11 Mio. € in Betrieb gehen. Es soll 1000 Haushalte versorgen können und die bisher schwächelnde Wasserkraft im Norden beflügeln. dpa/has

VDI nachrichten, Düsseldorf, 29. 1. 16
hsteiger@vdi-nachrichten.com

Die Norm bleibt der feste Arbeitsplatz

GESELLSCHAFT: Eine Studie im Auftrag der Chemiegewerkschaft kommt zu dem Schluss, dass die Mittelschicht in Deutschland intakt ist, auch wenn in Wissenschaft und der Öffentlichkeit der gegenteilige Eindruck vorherrscht. Mit der Studie soll die Aufmerksamkeit auf die Mitte gelenkt werden, deren Interessen von der Politik vernachlässigt würden.

VDI nachrichten, Düsseldorf, 29. 1. 16, has

Obwohl in Deutschland mittlerweile ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten von prekären Jobs lebt, bleibt doch der feste Arbeitsplatz prägend für die Arbeitswelt. Der Anteil dieser ganz normalen Arbeitnehmer ist seit Mitte der 80er-Jahre so gut wie nicht geschrumpft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Zwar arbeite inzwischen „ein nennenswerter Teil der Erwerbstätigen“ befristet, in geringfügiger Teilzeit oder als Soloselbstständige, heißt es in der Expertise der DIW-Consulting Tochter DIW Econ. „Die Zunahme der nicht-normalen Beschäftigung ging jedoch nicht zulasten der Vollzeitbeschäftigung, sondern zulasten der Nichterwerbstätigkeit“, lautet das Resümee der Forscher Michael Arnold, Anselm Mattes und Gert G. Wagner.

Anders ausgedrückt: Mehr Menschen als früher gehen einer Arbeit nach, die Zahl der Arbeitsplätze ist gestiegen – und mit ihr die Zahl der prekären Jobs mit wenig Wochenstunden oder befristet. Negativ formuliert könnte man sagen: Das deutsche Jobwunder ist durch prekäre Arbeit erkaufte. Die Wissenschaftler wiederum wollen es positiv formuliert sehen: Immer noch sind das Normalarbeitsverhältnis und die breite Mittelschicht prägend für die deutsche Gesellschaft.

Nach wie vor seien rund 65 % der Männer und Frauen zwischen 18 und 67 Jahren ganz normale Arbeitnehmer mit einem festen und gesicherten Arbeitsplatz. Und dieser Anteil sei seit Mitte der 80er-Jahre stabil geblieben. Von einer flächendeckenden Prekarisierung des Arbeitslebens könne keine Rede sein. Allerdings zählen die Wissenschaftler zu normalen Arbeitnehmern auch alle Teilzeitbeschäftigten, die mindestens 19 Stunden in der Woche arbeiten. Basis der DIW-Untersuchung ist das Soziökonomische Panel (SOEP), eine Art Volkszählung im Kleinen,



Wer den Abschluss als Ingenieur oder Physiker geschafft hat, gehört zur stabilen gesellschaftlichen Mitte. Foto: Imago

die jährlich fortgeführt wird und anhand einer Stichprobe von rund 50 000 Personen Informationen erhebt – etwa über Erwerbstätigkeit, Einkommen oder die Lebenszufriedenheit. Die Wissenschaftler des DIW haben für ihre Untersuchung Daten von 1984 bis 2013 ausgewertet – und bieten interessante Perspektiven.

So lassen die Zahlen des Panels auf den ersten Blick den Schluss zu, dass die Zahl der Haushalte mit mindestens einem normalen Arbeitnehmer seit 1984 gesun-

Die Mitte ist stabil, hat aber ihr Vertrauen verloren

den ist: von damals 62 % auf 54 %. Rechnet man allerdings die Rentnerhaushalte mit ausschließlich älteren Menschen über 67 Jahren ab, ergibt sich folgendes Bild: Unverändert seit Mitte der 70er-Jahre lebt in etwa 75 % der Haushalte mindestens ein normaler Arbeitnehmer.

Scharf kritisieren die DIW-Forscher den mittlerweile verstorbenen Soziologen Ulrich Beck, der 1986 den Begriff der Risikogesellschaft erfunden hat. Danach seien die Beschäftigten wachsenden wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt, weil Sozialstaat und Gewerkschaften an Gestaltungskraft verlören. Parteien und Gewerkschaften hätten daraufhin den vermeintlich wachsenden unteren Rand der Gesellschaft in den Fokus genommen. Die DIW-Autoren wollen dagegen zeigen,

„dass die Behauptung einer generell schrumpfenden Mittelschicht empirisch nicht gedeckt ist“.

Auftraggeber der Studie des DIW ist die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), mit rund 650 000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft in Deutschland. Das wirkt erstaunlich, denn Gewerkschaften kritisieren seit Langem, dass der Arbeitsmarkt durch Hartz IV aus den Fugen geraten sei. Allerdings verneinen die Autoren der Studie gefährliche Tendenzen nicht. Hart gehen die Wissenschaftler mit den Mini-Jobs ins Gericht. „1,7 Mio. Menschen, die in einer prekären Beschäftigungssituation sind, sind ohne Zweifel eine relevante Gruppe, der geholfen werden sollte“, schreiben die Autoren. Und die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmermitte stagnieren seit Anfang der 90er-Jahre – Folge einer nachlassenden Tarifbindung.

Für den IG-BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis widerspricht die Studie daher nicht gewerkschaftlichen Positionen, sondern bestätigt sie. „Deutschland ist nicht prekär“, sagt er, „aber die Mitte hat an Zuversicht und Vertrauen verloren, weil ihre Themen zu wenig aufgegriffen und ihre Sorgen vernachlässigt werden“. Vassiliadis will die Diskussion – gesamtgesellschaftlich wie in den Gewerkschaften – wieder stärker auf Mittelschicht-Arbeitnehmer zu fokussieren. Schließlich befindet sich in dieser Gruppe auch die große Masse der Mitglieder der Gewerkschaften. BERND KUPILAS

Der Ökonom Gerhard Bosch zur Mittelschichtstudie des DIW: „Die Mitte ist in ihrem Kern gefährdet“

Der Ökonom Gerhard Bosch, Direktor des Instituts für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen, hält die Untersuchung des DIW für zu wenig differenziert. Bosch: „Die Mitte existiert, aber in ihrem Kern ist sie gefährdet.“

- Seine Kritik: Es werde die Zahl der Verdienner in den Haushalten untersucht, nicht aber die Verteilung der Einkommen.
- Bei der Verteilung der Einkommen zeigen sich jedoch markante Veränderungen, wie Bosch in einer Studie nachgewiesen hat. Danach ist der Anteil der Mittelschichthaushalte an allen Haushalten zwischen 1992 und 2013 gesunken: von 56,4 % auf 48 %. Nach der Umverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und staatliche Trans-

ferzahlungen ist der Rückgang geringer ausgefallen: von 81 % auf knapp 78 %.

- Am stärksten betroffen ist der Kern der Mittelklasse, das sind – bei einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren – Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von 34 240 € bis 51 360 € im Jahr. Auch der Anteil der Haushalte der oberen Mittelschicht mit gleicher Haushaltskonstellation (51 361 € bis 85 601 €) ist gesunken. Größer geworden sind dagegen die Anteile der Haushalte mit sehr hohen und mit niedrigen Einkommen.
- Die Ursachen für den Bedeutungsverlust der Mittelklasse sieht Bosch in der abnehmenden Tarifbindung, in Privatisierungen und Verlagerungen, verbunden mit Lohn-

senkungen, sowie in mehr Beschäftigung mit geringer Arbeitszeit.

- Boschs Untersuchung zeigt: Der deutsche Sozialstaat ist in seinen größten Blöcken (Rente, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) ein Sozialstaat vor allem für die Mittelschicht. Sollte die Mittelschicht davon nicht mehr profitieren, verliere der Sozialstaat an Legitimität, fürchtet der Ökonom. Der Politik falle es dann leichter, Leistungen zu beschneiden.
- Sorge bereitet Bosch, dass trotz der aktuell hohen Beschäftigung in starkem Maß Umverteilung nötig ist, um die Einkommen zu sichern. Sollte die Konjunktur einbrechen, könne es zu starken Kürzungen kommen.

has